

## **Antrag**

**der Abgeordneten Heidrun Schmitt, Dr. Stefanie von Berg, Christiane Blömeke,  
Katharina Fegebank, Christa Goetsch, Dr. Till Steffen, Anja Hajduk (GAL)  
und Fraktion**

**Betr.: Leistungs-Abbau beim ÖGD in den Bezirken verhindern**

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) in den Bezirken hat in den letzten Jahren von dem Einsatz von LBK-Rückkehrern/-innen profitiert. Laut Antwort des Senats auf die Schriftliche Kleine Anfrage 20/1652 werden derzeit 93 LBK-Rückkehrer/-innen im Bereich des ÖGD eingesetzt. So werden Rückkehrer/-innen unter anderem befristet im Bereich der Mütterberatung, bei den Willkommensbesuchen bei Neugeborenen, dem schulärztlichen sowie dem sozialpsychiatrischen Dienst beschäftigt. Auch für besondere Krisenaufgaben wie zur Bewältigung der EHEC-Krankheitswelle wurde die Mitarbeit von LBK-Rückkehrern/-innen benötigt. Der Einsatz dieser Arbeitskräfte war zudem bisher für die Bezirke kostenneutral, da die Finanzierung nicht durch die Bezirke, sondern aus zentralen Mitteln der Stadt erfolgte.

Laut Drs. 20/1652 werden nun jedoch nur 32 Rückkehrer/-innen des ÖGD-Projektes ab dem 01.01.2012 dauerhaft in die Bezirksämter und dort überwiegend in die Gesundheitsämter versetzt. Die Bezirksämter sollen zudem ab 2014 diese Stellen vollständig finanzieren. Die übrigen 61 LBK-Rückkehrer/-innen sollen durch das Personalamt in andere Tätigkeitsfelder vermittelt werden. Durch das Auslaufen des entsprechenden Rückkehrer/-innen-Projektes ist die Fortführung der bisherigen Angebote und wahrgenommenen Aufgaben im Bereich des ÖGD gefährdet, da die Bezirke nicht über die entsprechenden Mittel verfügen, die jeweiligen Mitarbeiter/-innen dauerhaft weiter zu beschäftigen.

Da die bisher eingesetzten LBK-Rückkehrer/-innen bereits bei der Stadt beschäftigt sind, würde eine Weiterbeschäftigung in den bisherigen Tätigkeitsfeldern keine zusätzliche Belastung für den Gesamthaushalt der Stadt Hamburg bedeuten. Zudem sind die bisher eingesetzten Rückkehrer/-innen bereits in ihre Tätigkeit im ÖGD eingearbeitet. Es sollte daher in Zusammenarbeit mit den Bezirken geprüft werden, wie die bisher wahrgenommenen Aufgaben im Bereich des ÖGD erhalten werden können und wie insbesondere ein weiterer Einsatz der hier erfolgreich tätigen Rückkehrer/-innen möglich wäre, ohne dass die Bezirke finanziell überlastet werden.

**Die Bürgerschaft fordert daher den Senat auf:**

1. In Zusammenarbeit mit den Bezirken zu prüfen:
  - a. wie die bisher durch die LBK-Rückkehrer/-innen wahrgenommenen Regelaufgaben, Projekte sowie besondere Krisenaufgaben (beispielsweise bei Epidemien) auch nach Auslaufen des bisherigen Rückkehrer/-innen-Programmes fortgeführt und dauerhaft gesichert werden können.
  - b. Hierbei insbesondere zu prüfen, ob und in welcher Weise dabei die erfolgreiche Mitarbeit der bereits bisher im Öffentlichen Gesundheitsdienst in den Bezirken eingesetzten LBK-Rückkehrer/-innen fortgesetzt und dauerhaft gesichert werden kann.
2. Der Bürgerschaft zeitnah über die Ergebnisse der Prüfung zu berichten.